**20. Ordentlicher Kreisparteitag**
**14. März 2026, Muldestausee**

Freie Demokraten
Kreisverband Anhalt-Bitterfeld FDP

# Antrag
# A002

---

Antragsteller: **Kreisvorstand**

Thema: **Hürden für Wohneigentum senken – Grunderwerbsteuer in Sachsen-Anhalt auf 3 % reduzieren**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Anhalt-Bitterfeld fordert den FDP-Landesvorstand und die FDP-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt dazu auf, eine signifikante Senkung der Grunderwerbsteuer in die Wege zu leiten. Konkret fordern wir:

1. **Absenkung des Steuersatzes:** Der Steuersatz für die Grunderwerbsteuer in Sachsen-Anhalt ist von derzeit **5,0 % auf 3,0 %** zu senken.
2. **Einführung von Freibeträgen:** Ergänzend zur Steuersatzsenkung setzen wir uns für die Einführung eines Freibetrags beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum ein, um insbesondere junge Familien und Ersterwerber zu entlasten.
3. **Investitionsanreize schaffen:** Durch die Senkung der Erwerbsnebenkosten sollen private Investitionen in den Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsimmobilien im Landkreis Anhalt-Bitterfeld und im gesamten Land stimuliert werden.

Begründung

Der Traum von den eigenen vier Wänden ist für viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren aufgrund gestiegener Baukosten und hoher Zinsen in

---

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ überwiesen

# Antrag
# A002

weite Ferne gerückt. Die Grunderwerbsteuer stellt dabei eine erhebliche fiskalische Hürde dar, die den Erwerb von Wohneigentum unnötig verteuert.

Mit einem aktuellen Satz von 5,0 % liegt Sachsen-Anhalt im Vergleich zwar nicht an der Spitze, blockiert jedoch aktiv die Eigentumsbildung. Eine Reduzierung auf **3,0 %** wäre ein starkes Signal für die Entlastung der Mitte der Gesellschaft. Weniger staatliche Belastung beim Kauf bedeutet mehr verfügbares Kapital für notwendige energetische Sanierungen oder die Gestaltung des familiären Lebensraums.

Besonders in einer ländlich geprägten Region wie Anhalt-Bitterfeld müssen wir Anreize setzen, damit junge Menschen hier sesshaft werden und in Immobilien investieren. Eine Senkung der Grunderwerbsteuer ist nicht nur ein wohnungspolitisches Instrument, sondern auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit und ein wichtiger Schritt zur Altersvorsorge.